Nr. 187 XXVIII. Jahrgang

Donnerstag, 29. Juli 192.

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffer- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Eine neue Konferenz in Boulogne

Beratung über die Alliiertenpolitik zu Rußland

Millerand hat sich, wie aus Paris gemeldet wird, am Dienstag morgen nach Boulogne-sur-mer begeben, wo er mit Lloyd George zu einer Konferenz zusammentrifft. In Millerands Begleitung befinden sich u. a. Marschall Foch, General Destieker und Berthelot, der Leiter der politischen Angelegenheiten im Ministerium des Auswärtigen.

Der Anlaß zu dieser neuen Konferenz, zu der sich Lloyd George nach einer halbamtlichen Reuter-Meldung „trotz dem drohenden Charakter vieler innerpolitischen Schwierigkeiten" bereit gefunden hat, ist, wie Havas meldet, in dem Vorschlag der Sowjetregierung zu erblicken, mit den Alliierten gemeinsam zu konferieren. Tschitscherin hat, obwohl er zuerst die Abhaltung einer Konferenz in London ablehnte, sich nachträglich doch eines Besseren besonnen und machte neuerdings selbst den Vorschlag, in London zusammenzukommen. Welch große Dringlichkeit die Alliierten diesem Vorschlag entgegenbringen, beweist diese schleunige Vorberatung in Boulogne.

Havas meint, Millerand habe nach Verständigung mit London für eine gemeinsame Konferenz mit Rußland wahrscheinlich die Bedingungen gestellt, daß die Sowjetregierung die von der früheren russischen Regierung eingegangenen finanziellen und wirtschaftlichen Verpflichtungen anerkenne und daß die Sowjetregierung von einer Volksabstimmung bestätigt werde. Rußland hat nun aber seinerseits bekanntlich die Kapitulation und Auslieferung des Generals Wrangel als Bedingung gestellt. Havas hält es für nicht wahrscheinlich, daß Millerand plötzlich Wrangel preisgeben könne. Und in London soll man der Ansicht sein, daß dieses Auslieferungsverlangen der Bolschewisten die friedliebende Aufgabe Englands wesentlich erschüttere.

Man wird sich also nun in Boulogne über die gemeinsame Politik zu Rußland zu einigen versuchen. Uebrigens wird auch eine gleichzeitige Besprechung mit der italienischen Regierung über die gleiche Frage erfolgen. Es ist interessant, daß sowohl England wie Frankreich die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz in London wünschen. Und auch die russischen Randstaaten sind bereits dazu eingeladen worden. Reuter sagt in einer halbamtlichen Meldung, daß der Plan zur Londoner Konferenz eigentlich ein Plan für die Einberufung eines neuen Weltkongresses sei, der allerlei Fragen von Europa und Asien behandeln könnte. Ein solcher Kongreß würde nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Fragen und noch andre Probleme behandeln, z. B. das Dardanellenproblem und den Bosporus. Inzwischen sei aber noch nicht bewiesen, daß die Sowjetregierung wirklich eine ehrliche internationale Regelung wünsche, solange sie militärisch immer weiter vorrücke.

Die Besprechungen in Boulogne werden kurz sein. Wie gemeldet wird, haben Millerand und Lloyd George am Dienstag nachmittag konferiert.

•

Eine einzige Besprechung

× **Boulogne, 28. Juli.** Lloyd George und die britischen Delegierten sind gestern abend um 6½ Uhr an Bord eines Torpedobootes nach England zurückgekehrt.

•

Ein Einspruch Frankreichs

kg. **Rotterdam, 28. Juli.** (Eig. Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet: **Frankreich hat offiziell gegen die Teilnahme der Alliierten an den Verhandlungen Polens mit Sowjetrußland Einspruch erhoben. Zur Beilegung des französischen Einspruchs ist Lloyd Georges Reise nach London notwendig geworden.**

•

Ablehnung des deutschen Protests

⊕ **Genf, 28. Juli.** (Eig. Drahtbericht.) „Jetzt mal des Debats" meldet: **In Boulogne wird man den deutschen Protest gegen die Truppendurchmärsche für eine Ententehilfsaktion nach Polen ablehnen, bzw. als gegenstandslos zur Erledigung bringen.**

•

Verstärkung der Reichswehr in Ostpreußen

B. **Berlin, 28. Juli.** (Eigener Drahtbericht.) **Die deutschen Reichswehrgarnisonen in Ostpreußen sind infolge der Fortdauer des Gefahrenzustandes auf dem Seewege um 7000 Mann verstärkt worden.** Nach einer inoffiziellen Mitteilung, die uns aus der französischen Botschaft zugeht, bestätigt es sich, daß die Entente den Einmarsch deutscher Truppen in das Abstimmungsgebiet nicht genehmigt hat.

•

Transportzüge für die Polen?

+ **Magdeburg, 28. Juli.** (Eig. Drahtbericht.) Von hier wird gemeldet, daß Dienstag früh ein Truppentransportzug ohne Ausbegleitungspersonal in Richtung Halle abgegangen sei.

+ **Halle, 28. Juli.** (Eig. Drahtbericht.) Der Reichsverkehrsminister hat an die Eisenbahndirektion Halle eine Verfügung erlassen, wonach Wagen und Züge mit Ladung nach dem Osten, deren Beförderung der deutschen Neutralität zuwiderläuft, unter allen Umständen anzuhalten sind. Am Mittwoch wird die U. S. P. in zwei Massenversammlungen gegen die Verletzung der Neutralität durch die Ententemächte protestieren.

•

Vor dem Waffenstillstand

Die Sowjetregierung hat die polnischen Unterhändler für den kommenden Freitag zur Aufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen bestellt. Trotz diesen bevorstehenden Unterhandlungen dauern die Kämpfe auf beiden Seiten mit unverminderter Heftigkeit an. Nur Grodno und Brest-Litowsk scheinen auf Befehl des russischen Oberkommandos geräumt worden zu sein. Ueber die militärische Lage, die nach wie vor von den Russen beherrscht wird, liegen die folgenden Meldungen vor:

⊕ **London, 28. Juli.** (Eig. Drahtbericht.) **Der Sonderberichterstatter des „Daily Telegraph" meldet aus Warschau: Während die Russen 16 Divisionen mit Kavallerie und noch reichlich Reserven zur Verfügung haben, haben die Polen keine Munition mehr. Ihre Armee ist durch Ueberanstrengung geschwächt und kann deshalb dem Vormarsch nach Warschau nicht aufhalten. In acht Tagen können die Russen in Warschau sein.**

⊕ **Basel, 28. Juli.** (Eigener Drahtbericht.) **Die „Nationalzeitung" meldet aus Warschau; Brest-Litowsk, das am 22. Juli von den Polen geräumt war, ist am Montag wieder von den Polen besetzt worden. Die russische Front steht am Pripjet und bei Pinsk.**

⊕ **Zürich, 28. Juli.** (Eigener Drahtbericht.) **Der Warschauer Vertreter des „Corriere della Sera" telegraphiert, daß die Polen die Jahrgänge 1900/1901 einberufen und daß zweifellos mit einer neuen Aufnahme der Kämpfe zu rechnen sei, wenn die Russen im Friedensvertrag nicht die Selbständigkeit der Ukraine anerkennen.**

Die Polen haben in ihren Heeresberichten noch immer dauernd von Rückzügen zu melden. So heißt es unterm 27. Juli: Westlich des Kelmy-Flusses ziehen sich die Polen unter dem Drucke des Feindes zurück. In der Gegend von Berestetschko müssen die Polen gleichfalls weichen. Ihre Lage ist dort sehr schwierig. Im Abschnitte von Kraemlenec-Wolesanst ist die polnische Front vor den feindlichen Angriffen zurückgegangen.

•

General Nollet zweifelt an den ehrlichen Friedensabsichten

B. **Berlin, 28. Juli.** (Eig. Drahtbericht.) **General Nollet ist gestern nachmittag aus Warschau nach Berlin zurückgekehrt. Dem Berliner Vertreter des „Matin" versicherte der General, er glaube an keine ernsten Friedensabsichten der Bolschewisten und erklärte die militärische Lage nach wie vor reif für militärische Hilfsmaßnahmen der Entente in kürzester Frist.**

•

Von den Polen ausgewiesen

B. **Berlin, 28. Juli.** (Eigener Drahtbericht.) Aus dem an Polen abgetretenen deutschen Gebiete sind 20 deutsche Familien von den polnischen Behörden ausgewiesen worden. Sie sind in Berlin eingetroffen. Ihre Ausweisung soll erfolgt sein, weil die männlichen Mitglieder der Familien sich weigerten, der Aufforderung zum polnischen Heeresdienst nachzukommen.

•

Eine polnische Zwangsanleihe

⊕ **Teschen, 28. Juli.** (Eig. Drahtbericht.) Der polnische Landtag hat in seiner letzten Sitzung ein Gesetz angenommen, durch das eine Zwangsanleihe von 15 Millionen ausgeschrieben wird. Die Anleihe wird mit 3 Prozent verzinst. Der Zwangsanleihe unterliegen physische und juristische Personen mit einem Vermögen von 100 000 M. aufwärts und einer Jahresrente von 30 000 M. Die Zeichnungsbeteiligung an der Anleihe beträgt 2 bis 15 Prozent des Vermögens und 5 bis 35 Prozent der Rente.

Zu den Abstimmungen im Osten

⊕ **Genf, 28. Juli.** (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet: Die Botschafterkonferenz hat dem italienischen Botschafter das Referat über den Bericht der Plebiszitkommission von Allenstein und Marienwerder übertragen. — Ein polnischer Einspruch gegen das Abstimmungsergebnis, der von Warschau angekündigt war, ist dem alliierten Rat bisher nicht zugegangen.

B. **Berlin, 28. Juli.** (Eig. Drahtbericht.) Die Reichsregierung hat durch den deutschen Geschäftsträger in Paris den Alliiertenrat um eine Beschleunigung der Entscheidung über die staatsrechtliche Zugehörigkeit des ostpreußischen Abstimmungsgebietes ersuchen lassen. Die Note der deutschen Regierung spricht die Ueberzeugung aus, daß diese Entscheidung nach dem Ergebnis der Abstimmung nur zugunsten Deutschlands ausfallen könne.

Heimscher Föderalismus

+ **Köln, 28. Juli.** (Eigener Drahtbericht.) Der bayrische Abgeordnete Dr. Heim hatte dem Vorstand der Christlichen Volkspartei, Ortsgruppe Köln, folgende Erklärung zur Rheinlandfrage zugehen lassen:

„Meine Beziehungen zu Graf Bothmer waren nur rein persönlich. Graf Bothmer teilte meine Auffassung, daß nur ein föderalistisches Deutschland die notwendige Ruhe vor Frankreich finde. Frankreich verlange Sicherungen gegen Militarismus und Revanche und sieht die Hauptgefahr in dem Bestehen Preußens. Ich habe immer den Gedanken vertreten, ein föderalistisches Rheinland müsse innerhalb des deutschen Reiches bleiben und weit über die deutschen Grenzen nach Osten greifen. Rheinland-Westfalen, Nassau, die Werra und die Weser und weitere Teile müßten einen westdeutschen Bundesstaat bilden. Graf Bothmer und Dr. Dorten waren nie von mir beauftragt worden, in der Rheinlandfrage eine Politik zu betreiben, wie sie, was heute offenkundig zu sein scheint, beide betätigt haben."

Vorbereitung einer Amnestie

Von unsrer Berliner Redaktion

+ **Berlin, 28. Juli.** (Eig. Drahtbericht.)

Dem Reichstag liegen drei sozialistische Anträge auf Straferlaß für politische und nicht politische Straftaten vor. Zwei dieser Anträge sind von der unabhängigen Sozialdemokratie gestellt. Der eine verlangt Amnestie für alle Straftaten, die bis zum Inkrafttreten des Amnestiegesetzes aus politischen Gründen verübt worden sind, insbesondere für die Straftaten, die im mittelbaren oder unmittelbaren Zusammenhang mit der Abwehr des Kapp-Putsches oder des im Anschluß hieran erfolgten Einrückens der Reichswehr in verschiedenen Gebieten oder Orten begangen worden sind. Der andre Antrag verlangt Straferlaß oder Strafmilderung für nicht politische Straftaten, und zwar soweit die verhängten Strafen nicht schwerer sind, als Gefängnis bis zu einem Jahre oder Festungshaft bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 1000 M. allein oder in Verbindung mit den andern oder mit Nebenstrafen. Diesen beiden Anträgen steht ein Antrag Müller-Franken von der Mehrheitssozialdemokratie gegenüber, der lediglich verlangt, die Reichsregierung wolle den Entwurf eines allgemeinen Amnestiegesetzes vorlegen, durch den die Straffreiheit entsprechend der Bielefelder Vereinbarung vom 24. März 1920 gewährleistet wird.

Zu diesen drei Anträgen erfahren wir aus parlamentarischen Kreisen, daß die Reichsregierung und die drei Regierungsparteien gewillt sind, gleichfalls einem Amnestiegesetz zuzustimmen. Dieses soll auf der Grundlage erlassen werden, daß alle Straftaten hinfällig werden, die aus Anlaß der Abwehr von staatsgefährlichen Putschversuchen verübt worden sind, wobei aber verbrecherische Handlungen nicht amnestiert werden sollen. Es ist aber auch in Aussicht genommen, die objektive Unterstützung der Putschbewegung zu amnestieren, wobei nur die Rädelsführer ausgenommen werden sollen, mit andern Worten, die Amnestie soll sowohl denen zugute kommen, die am Kapp-Putsch beteiligt waren, sowe't sie nicht Rädelsführer gewesen sind, wie jene, die dem Kapp-Putsch abgewehrt, soweit sie sich nicht gemeiner Verbrechen schuldig gemacht haben. Es schweben jetzt zwischen den Fraktionen Verhandlungen über den genauen Wortlaut des zu erlassenden neuen Amnestiegesetzes.

Es bestehen aber auch in den Fraktionen Meinungsverschiedenheiten darüber, ob es richtig sei, überhaupt eine Amnestie zu erlassen. Wie man hört, ist ein Hauptgrund für die Zustimmung der Reichsregierung die Tatsache, daß das Reichsgericht, das ohnedies jetzt mit der Angelegenheit der sogenannten Kriegsverbrecher auf Geheiß der Entente vollauf beschäftigt ist, nicht mehr in der Lage ist, die zahllos anläßlich des Kapp-Putsches anhängig gemachten Verfahren durchzuführen. Es sind in den letzten Monaten durch Denunziationen sowohl der Kommunisten wie der Antikapitäten so zahlreiche Verfahren anhängig gemacht worden, daß das Reichsgericht, das hierfür allein zuständig ist, gar nicht weiß, wie es mit der Menge fertig werden soll. — In Parlamentskreisen wird Wert darauf gelegt, wenn möglich, das Amnestiegesetz noch im laufenden kurzen Tagungsabschnitt zu erledigen.

Strafverfolgung eines kommunistischen Abgeordneten

+ **München, 28. Juli.** (Eig. Drahtbericht.) Der Geschäftsordnungsausschuß des bayrischen Landtages genehmigte die Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Eisenberger wegen Hochverrats. Weiter wurde einer etwa notwendig werdenden Vorführung des Abgeordneten vor Gericht zugestimmt. Gegen diesen Beschluß stimmten die sozialistischen Parteien.

Dr. Dorten noch nicht entlassen

w. **Frankfurt, 28. Juli.** (Eigener Drahtbericht.) Die Mitteilung, die am 26. Juli Dr. Simons im Reichstage machte, daß Dr. Dorten, soweit er unterrichtet sei, schon wieder auf dem Wege nach Wiesbaden sei, stimmt nicht. Auf ein Telegramm von Frau Dorten an den Oberreichsanwalt in Leipzig, in dem Auskunft über ihren Gatten eingeholt werden sollte, ist bis gestern abend keine Antwort eingelaufen. Als Frau Dorten telephonisch anrief, erschien ein Beamter am Fernsprecher, der erklärte, über Dorten keinerlei Auskunft erteilen zu dürfen. Die französischen Behörden verlangten, daß Dr. Dorten bis nach Wiesbaden polizeilich begleitet wird. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde bereits vor vierzehn Tagen Dortens Festnahme versucht. Damals wurde das Auto Dortens von drei Männern, die ebenfalls im Auto saßen, untersucht. Es befand sich aber nur Graf Bothmer aus München im Wagen Dortens.

Verhaftungen in Mainz und Wiesbaden

F. **Frankfurt a. M., 28. Juli.** (Eig. Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Mainz und Wiesbaden sind heute früh in beiden Städten Verhaftungen von mehreren Bürgern, darunter drei Polizeibeamte, erfolgt, weil sie nach einer Anzeige der Mitschuld an der Entführung und Festnahme Dortens beschuldigt sind. Nach einer Erklärung der Mainzer Kommandantur sei die Entführung Dortens durch Angehörige der früheren politischen Polizei in Berlin vorgenommen worden und wichtige Papiere über frühere Verhandlungen Dortens mit den Besatzungsbehörden noch im Besitz der deutschen Polizei. Die Verhandlungen hätten nur dem persönlichen Schutz Dortens und der Fernhaltung verfänglicher Propaganda gegolten.

Zuchthausurteile des französischen Kriegsgerichts in Trier

+ **Trier, 28. Juli.** (Eig. Drahtbericht.) Das französische Kriegsgericht verhandelte gestern gegen die deutschen Einwohner, die im Mai eine Anzahl französische Soldaten tätlich angegriffen hatten und wobei drei französische Soldaten schwer verletzt worden waren. Der französische Staatsanwalt beantragte für alle Angeklagten die Todesstrafe. Das Kriegsgericht verurteilte sie indessen zu Zuchthaus und Zwangsarbeit verbunden mit Aufenthaltsverbot auf die Dauer von 5 bis 10 Jahren.

Die Organisation der Roten Armee in Sachsen

Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt:

Ueber die Organisation der Roten Armee in ganz Mitteldeutschland, vor allem in der Provinz und im Freistaat Sachsen, über ihre Stärke, Bewaffnung und die bis jetzt abgehaltenen Uebungen können wir einige durchaus zuverlässige Angaben machen.

1. Provinz Sachsen:

In Magdeburg ist die Gruppe Marx mit 270 Mann festgestellt, in Staßfurt, Dessau, Bernburg, Bezirk Calbe, je 2 Kompagnien von je 150 Mann, im Bezirk Südharz 4 Kompagnien mit je 150 Mann, Halle hat 8 Kompagnien von insgesamt 2000 Mann, die ausschließlich Felddienstübungen und Handgranatenübungen abgehalten haben. Der Mansfelder Gebirgskreis zählt ungefähr 8000 Mann mit 9000 Gewehren und 150 bis 250 Maschinengewehren. Rote Verbände sind aufgestellt bzw. in Aufstellung begriffen in Golpa, Bitterfeld, Zeitz, Weißenfels und Zeitz, deren Bewaffnung augenblicklich ungefähr 750 Gewehre, 25 Maschinengewehre und 6500 Patronen beträgt. Ueber die Stärke der roten Truppe um Hohenmölsen, Eisleben, Liebenwerda und Mühlberg können ebenfalls keine näheren Angaben gemacht werden, doch hat man über ihre Bewaffnung insofern sichern Anhalt, als dort aus dem Märzputsch 283 Maschinengewehre, 12 800 Gewehre und ein Minenwerfer noch nicht abgeliefert worden sind; außerdem verfügt man in diesen Bezirken bestimmt noch über etwa 6000 Gewehre, 14 Maschinengewehre, 4 Minenwerfer und 4 Geschütze.

2. Freistaat Sachsen

Die Rote Kampftruppe ist am stärksten und am besten organisiert in Leipzig. Sie besteht aus mindestens 24 Kompagnien von je 100 bis 200, zusammen etwa 3000 Mann, und verfügt über genügend Gewehre, Maschinengewehre, Minenwerfer, Munition und Lastautos. Diese Truppen haben seit dem 1. Mai, soweit festgestellt werden konnte, 22 Felddienstübungen mit allen Waffenarten vorgenommen, zuletzt am 14. Juli. Die Uebungen fanden teils mit, teils ohne Waffen in Gruppen, Zügen und Kompagnien statt. Jede Kompagnie verfügt über einen Kompanieführer mit Stab, der die Uebungen leitet, über eine Radfahrerabteilung, ausgerüstet mit Pistolen und roten Armbinden, und Sanitätsabteilung.

In Pirna und Umgebung bestehen angeblich: Wehren, deren genaue Stärke unbekannt, deren Bewaffnung aber sicher ausgezeichnet ist.

In Dresden und näherer Umgebung

beträgt die Stärke der roten Truppen etwa 1000 Mann. An Waffen besitzt sie mindestens 8000 Gewehre und 20 Maschinengewehre. Seitdem ihr der Zutritt zu dem Dresdner Truppenübungsplatz verwehrt ist, werden Uebungen in der Umgebung abgehalten, die letzte fand am 18. Juli statt.

In der Lausitz wurde eine rote Truppe bisher nur in Zittau und Umgebung festgestellt. Uebungen wurden zuletzt am 27. Juni beobachtet. In Chemnitz besteht das System der Straßenvertrauensleute der K. P. D., das der organisierten Kampftruppe völlig gleicht. Ueber ihre Stärke und Bewaffnung ist nichts Näheres bekannt, doch konnten verschiedentlich Uebungen festgestellt werden.

Im Zwickauer und Plauener Bezirk bestehen derartige organisierte Truppen noch nicht, doch wird an deren Aufstellung fieberhaft gearbeitet.

Es handelt sich hierbei nur um die Stammtruppen, die den Kern der Roten Armee bilden. Ueber die Zahl der sehr erheblichen Reserven, die dahinterstehen, konnte nichts Näheres in Erfahrung gebracht werden. Wir möchten betonen, daß es sich um durchaus einwandfreies Material handelt, das Ergebnis der vorsichtigsten Feststellungen, und eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist.

•

Bündnispläne der Radikalen

Die „Magdeburgische Zeitung" veröffentlicht in ihrer Morgenausgabe vom Mittwoch den 28. Juli ein aufsehenerregendes Dokument, das ihr angeblich von unbedingt zuverlässiger Seite zugegangen ist und wozu sie erklärt, daß kein amtliches Dementi und ebensowenig Ableugnung der beteiligten Stellen die Richtigkeit dieser Mitteilungen erschüttern werden. Wir geben diese Veröffentlichung im Wortlaut wieder:

„In der Nacht vom 22./23. Juli brachte ein Kurier ein mit Schreibmaschine geschriebenes Exemplar einer Uebereinkunft, die in Memel am 17. Juli zwischen dem Abgesandten der Sowjetregierung Joffe, dem Vorsitzenden der USP. Hilferding und Dr. Levi geschlossen war, nach Magdeburg. In dem Berichte heißt es u. a.: Nach Ueberschreitung der Grenze durch die Sowjettruppen wird sofort die bolschewistische Republik ausgerufen, vorerst in Königsberg, Tilsit, Danzig, Breslau, Stettin, Rawitsch, Frankfurt/Oder, Fraustadt/Schl., Ratibor, Gleiwitz, Kattowitz, Köslin, Stralsund. Diese Städte und das dazwischen liegende Gebiet dienen als Operationsbasis und Aufmarschgelände der sich sammelnden deutschen Roten Armee (R. A.), die unter russisches Kommando gestellt wird. Oberkommandierender ist General Hantscheff. In diesen Gebieten treten sofort folgende Maßnahmen in Wirksamkeit:

A. Verwaltung und Polizei: Es werden alle Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräte, die nicht Mehrheitssozialisten sind, ihres Amtes entsetzt. Mehrheitssozialistische Beamte vorstehend aufgeführter Kategorien erhalten je einen Kommunisten und je einen Unabhängigen als Beirat. Ohne Gegenzeichnung der Beiräte können keine Verordnungen erlassen werden. Für die abgesetzten Beamten werden vorläufig Stellvertreter ernannt, die durch den „Großen Rat", der im Breslauer Ständehaus zusammentritt, bestätigt werden müssen. Polizeipräsidenten haben nur noch vollziehende Gewalt, sie dürfen lediglich nur noch Verordnungen und Erlasse der Regierungen ausführen. Mittlere und höhere Beamte, sofern sie aktive oder Reserveoffiziere waren, sind zu entla-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200729/1